

Landtagswahl am 28. Oktober

DPoIG-Mitglieder haben die Wahl!

Am 28. Oktober haben die Menschen in Hessen die Möglichkeit aktiv, auf die Zukunft des Landes Einfluss zu nehmen. Die DPoIG Hessen hat alle Innenpolitischen Sprecher der im Landtag vertretenen Parteien um ein Interview gebeten, um den DPoIG-Mitgliedern sowie ihren Angehörigen und

Freunden die Entscheidung bei der nächsten Landtagswahl zu erleichtern. In jeder Ausgabe des POLIZEISPIEGELS werden wir ein entsprechendes Interview abdrucken (die Reihenfolge des Abdrucks ergibt sich aus dem Zeitpunkt der Zusage der jeweiligen Innenpolitiker).

Interview mit Wolfgang Greilich (FDP)



Herr Greilich empfing uns in seinem Büro im Landtag in Wiesbaden.

Im offenen Gespräch beantwortete er folgende Fragen:

POLIZEISPIEGEL (P.S.):

Herr Greilich, warum sollten Polizeibeamte/-beamtinnen bei der nächsten Landtagswahl die FDP wählen?

ke-Szene unterstützen und vonseiten des Staates geduldet werden. Hier klaffen Worte und Taten der Landesregierung auseinander, das wäre mit der FDP nicht so.

Wolfgang Greilich (W. G.): Weil die FDP die Polizei unterstützt. Wir wollen eine tatkräftige Durchsetzung von Recht. Diese Unterstützung hat es zum Beispiel bei den Krawallen im Zusammenhang mit der Eröffnung der EZB in Frankfurt am Main nicht gegeben. Ebenso kann es nicht sein, dass es Einrichtungen gibt, die offen die gewaltbereite autonome Lin-

➤ **Rückkehr in die Tarifgemeinschaft**

P.S.: *Wenn die FDP an der nächsten Landesregierung beteiligt sein sollte, wird es eine Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder geben?*

W. G.: Das ist eine sinnvolle Maßnahme, ich bezweifle aber, dass dieses innerhalb einer Legislaturperiode durchführbar wäre.

P.S.: *Werden die Hessen-spezifischen Arbeitnehmervorteile dabei erhalten bleiben?*

W. G.: Ja, deshalb wird dieser Prozess auch nicht so schnell und einfach zu bewältigen sein. Auf jeden Fall darf unter dem Strich die Rückkehr in die



➤ DPoIG-Pressesprecher Alexander Glunz (links) im Interview mit dem Innenpolitischen Sprecher der FDP, Wolfgang Greilich

Tarifgemeinschaft des Bundes und der Länder nicht zum Nachteil der Beamten in Hessen erfolgen.

P.S.: *Wird es mit der FDP in der Landesregierung eine Rückkehr zur 38,5-Stunden-Woche geben?*

W. G.: Nicht kurzfristig. Uns ist aber eine tatsächliche Entlastung der Polizei wichtig, unter anderem durch Abbau des Überstundenberges und mehr Personal.

P.S.: *Wäre die Einführung einer 38,5-Stunden-Woche für besonders belastende Bereiche eine Idee?*

W. G.: Nachdenken kann man darüber, aber ich möchte da keine Versprechungen machen.

➤ **Personal, 300 weitere Stellen**

P.S.: *Wird die FDP die derzeitige Einstellungsoffensive der CDU/Grünen-Landesregierung fortführen?*

W. G.: Die derzeitige Einstellungsoffensive, wenn es denn eine ist, ist eine gute Sache, wir sagen eindeutig, wir brauchen mehr Polizeivollzugsbeamte/-beamtinnen. Diese müssen aber nicht nur eingestellt, sondern auch ausgebildet werden. In Zahlen sind wir für circa 1500 Polizeibeamte/-beamtinnen.

P.S.: *Das sind nur noch 300 weitere Stellen, da das Sicherheitspaket 1 und 2 der Landesregierung ja schon circa 1200 Stellen beinhaltet, reicht das aus? >>*

Impressum:

Redaktion:
Alexander Glunz (V. i. S. d. P.)
DPoIG-Landesgeschäftsstelle:
Otto-Hesse-Straße 19/T3
64293 Darmstadt
Tel. 06151.2794500
Fax 06151.2794502
E-Mail: glunz@dpolghessen.de
ISSN 0723-1830

W. G.: Ich glaube, wenn wir es schaffen, jetzt 1 500 Polizeistellen zu besetzen und diese nicht nur als Papierstellen im Haushalt stehen, dann haben wir einen großen Schritt nach vorne gemacht.

P.S.: Wie steht die FDP zur Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten/-beamtinnen?

W. G.: Wir haben immer gesagt, wir glauben, der Schutz der Polizeimitarbeiter steht an erster Stelle. Wir haben aber auch gesagt, wir brauchen die Möglichkeit zu identifizieren, wenn es nötig sein sollte. Das derzeitige System ist nach meiner Sicht noch nicht vollständig ausgereift, dabei muss der Schutz des einzelnen Polizisten der einzelnen Polizistin, noch mehr in den Fokus genommen werden. Es muss zu 100 Prozent sichergestellt werden, dass es unbefugten Dritten nicht möglich ist, aufgrund der Kennzeichnung auf den/die einzelne(n) Beamten/Beamtin zurückzuschließen.

Wachpolizei und Freiwilliger Polizeidienst

P.S.: Welche Haltung nimmt Ihre Partei zur Wachpolizei ein?

W. G.: Die Wachpolizei ermöglicht, den Polizeivollzugsdienst in einem eng umgrenzten Aufgabenfeld zu entlasten. Wir möchten aber viel mehr mit dem Ausbau der Verwaltungsstellen eine Entlastung von Vollzugsbeamten/innen erreichen. Hier gäbe es auch die Möglichkeit, Personen mit mittlerem Bildungsabschluss durch eine Qualifizierung, wie der Ausbildung zum Verwaltungsassistenten, den Zugang zum Polizeivollzugsdienst zu ermöglichen.

P.S.: Wie sehen Sie den Freiwilligen Polizeidienst?

W. G.: Der Freiwillige Polizeidienst kann an keiner Stelle Ersatz für Polizeivollzugsbeamte sein. Er kann lediglich das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung erhöhen, aber ob damit objektive Sicherheit geschaffen wird, ist fraglich.

Schwerpunkte

P.S.: Welche Schwerpunkte würde die FDP in Regierungsverantwortung im Bereich Innere Sicherheit setzen?

W. G.: Die Durchsetzung von Recht ist für uns sehr wichtig. Man darf nicht reflexartig nach Gesetzesverschärfungen rufen, wenn etwas passiert ist, sondern muss das vorhandene Recht anwenden und durchsetzen.

P.S.: Ist es für die FDP selbstverständlich, dass Tarifergebnisse zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten-schaft übertragen werden?

W. G.: Nein, es ist zwingend, den Anschluss nicht zu verlieren. Die Beamten dürfen von der Einkommensentwicklung nicht abgehängt werden. Es muss aber möglich sein, die Tarifergebnisse gegebenenfalls mit einem Zeitversatz zu übertragen.

P.S.: Sollte die FDP eine Koalition eingehen müssen, welche Punkte wären im Bereich Innere Sicherheit nicht verhandelbar?

W. G.: Die Aufstockung der Polizei auf 1 500 Stellen, sowie Maßnahmen, die es uns ermöglichen, das Recht auch wieder durchzusetzen.

P.S.: Ihre Partei fordert in einem Beschluss moderne Kommunikationsmittel für die Polizei, um zum Beispiel Fahndungsabfragen im Streifenwagen oder mobil durchführen zu können. Wie finanzieren Sie diese Modernisierung?

Zur Person



Innenpolitischer Sprecher der FDP im Hessischen Landtag, Wolfgang Greilich

Wolfgang Greilich

1954 geboren
verheiratet, 3 Kinder
Studium der Rechtswissenschaften
seit 1970 Mitglied der FDP
1981 bis 1997 Stadtverordneter in Gießen
1982 Gründung einer Anwaltskanzlei
1989 Bestellung zum Notar
1993 Vorstandsmitglied der FDP Hessen
seit 2008 Mitglied des Landtages
Mitglied im Landes- und Bundesfachausschuss Innen- und Rechtspolitik der FDP
Mitglied im Verwaltungsrat des HR
Mitglied der DLRG

Aktuelle Funktionen im Landtag:

Vizepräsident des Landtages
und andere

Kontakt-daten:

Wolfgang Greilich, MdL
Schlossplatz 1–3,
65183 Wiesbaden
Telefon: 0611.350732
E-Mail: W.Greilich@ltg.hessen.de
Homepage: www.wolfgang-greilich.de

W. G.: Es gibt viele Bereiche, wo wir sparen könnten, sei es bei der Schaffung von unnötigen Stellen im Umweltbereich oder auch das Landesticket sehen wir kritisch.

P.S.: Wenn Sie den DPoIG-Mitgliedern noch etwas Persönliches sagen möchten, was wäre das?

W. G.: Ich bin der Polizei schon lange verbunden. Seit

meiner Referendarzeit und dem damit verbundenen Praktikum beim ehemaligen Polizeipräsidium Gießen ist das so. Die lehrreichste Zeit damals waren die Umläufe bei der Kriminalpolizei und im Streifendienst, wo ich erlebt habe, welchen schwierigen Job die Polizist(innen) bewältigen.

Anmerkung der Redaktion:
Das Interview ist kein wortgetreuer Abdruck.

Kommentar von H. J. Westphal DISORDER

oder „DIE LUST AM UNTERGANG“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bevor Ihr Euch über Anglizismen aufregt: Es gibt Begriffe, die in der englischen Sprache so zutreffend sind, dass sich eine Übersetzung ins Deutsche verbietet!

„Nichtordnung“ klingt blöde und „Unordnung“ trifft es nicht.

Das, was seit etwa drei Jahren in Deutschland, Europa und dem Rest der Welt vor sich geht, kann niemand mit Unordnung bezeichnen! Unordnung herrscht im Kinderzimmer und in der Küche.

Das jedoch, was derzeit außerhalb der heimischen vier Wände passiert, ist in der Summe recht abenteuerlich oder treffender beschrieben: beängstigend!

Allein aus dem Raum Syrien und Afghanistan sind mehr Menschen auf der echten Flucht vor Krieg und Vertreibung, wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Aus dem nordafrikanischen Raum setzen sich Millionen junger Männer Richtung Europa in Bewegung; mit leeren Taschen, aber einem Smartphone in der Hand. Darauf Mails mit falschen Versprechungen, Lügen und Hinweisen zum Durchkommen.

Diese Menschen sind keine Kriegsflüchtlinge und haben überwiegend keine reelle Chance auf Asyl und Bleiberecht!

Trotzdem stellen sich viele Mitbürger und Mitbürgerinnen hin und propagieren ein Bleiberecht für alle. Damit verringern

sie die Chancen, den wirklichen Flüchtlingen vernünftig helfen zu können.

Aus meiner Sicht entsteht dadurch eine für die Mehrheit der Bevölkerung unhaltbare Grundsituation mit zunehmend rechtsfreien Räumen, in denen sich Parallelgesellschaften entwickeln, deren Ziel einzig ein Leben in vermeintlichem Wohlstand ist – ohne Pflichten, aber mit allen Rechten!

Genau diese Räume bereiten der Polizei (als ausführendes Organ der parlamentarischen Entscheidungen) wie auch der Justiz und der Verwaltung zunehmend Sorge.

Die Polizei muss sich seit Jahren mit den vorhandenen – und politisch geduldeten beziehungsweise gewollten – Freiräumen befassen. Und Ihr, meine Kolleginnen und Kollegen wisst, dass wir in diesem Bereich immer wieder im Stich gelassen werden!

Begünstigt durch die Fehlentwicklungen der letzten Jahre entstehen neue, zusätzliche Problemzonen, die von der Mehrheit hierzulande nicht gewollt sind, aber von Minderheiten gefördert und geschützt werden. Hier „wedelt der Schwanz mit dem Hund“! Das ist schlicht und ergreifend inakzeptabel und unverschämte!

Ich schiebe diesen Artikel schon länger vor mir her. Immer wieder gab und gibt es neue Aspekte und neue Aufreger. Nun ist die 2017er-Bundestagswahl vorbei und „die Karten liegen auf dem Tisch“. Ob die Politik daraus lernen wird,

bleibt fraglich, scheint aber eher unwahrscheinlich.

Ich hatte mir zu den polizeilich relevanten Fragen die im Wahl-O-Mat hinterlegten Aussagen der fünf zur Regierungsbildung infrage kommenden Parteien durchgelesen. Das Ergebnis war beziehungsweise ist ernüchternd: Drei der im neuen Bundestag vertretenen Parteien sind generell gegen eine Obergrenze bei der Aufnahme von Flüchtlingen.

Zwei große Parteien haben sich nicht endgültig festgelegt und drehen sich wie Fähnchen im Wind. Der Rest ist hinlänglich bekannt...

Das, Ihr Lieben, ist aber nur ein Thema auf einer langen Liste von Ungereimtheiten. Es wäre müßig, an dieser Stelle nochmals auf all die täglichen Einzelfälle einzugehen, die Kopfschütteln, Ratlosigkeit und Zorn in unseren Köpfen hervorrufen. Trotzdem lohnt es sich, die wichtigsten Schlaglichter mal in einem Konsens zu nennen:

Wie kommt es, dass eine einzelne Figur in einem Land, das auf der globalen NASA-Karte einen schwarzen Fleck zwischen den Lichtern Südkoreas und Chinas darstellt, glaubt, die Welt mit Atomraketen bedrohen zu können und offensichtlich bereit ist, uns alle auf dem Altar des Größenwahns zu opfern?

Wie kommt es, dass eine Terrormiliz über Jahre hinweg aus besetzten Gebieten ungestört Öl verkaufen kann und Länder genau diese Miliz mit Tausenden nagelneuen Pick-Ups, aufmontierten Maschinengewehren und sonstigem Mordwerkzeug ausstatten? Und die Welt-



H. J. Westphal, KV Frankfurt am Main

gemeinschaft schaut diesem Morden und Wahnsinn jahrelang zu!

Wie kommt es, dass seit Jahren ein Bürgerkrieg nicht nur geduldet, sondern offensichtlich gefördert und am Leben erhalten wird, weil ein Land nicht seinen vorbestimmten Platz im internationalen Machtgefüge einnimmt, sondern seinen eigenen Weg gehen wollte?

Wie kommt es, dass sich junge Muslime plötzlich von fraglichen Vorbildern zu einem grenzenlosen Hass aufstacheln lassen und bereit sind, alles und jeden zu töten, der nicht ihrem Weltbild entspricht?

Wie kommt es, dass Menschen auf Autobahnen ausrasten, wenden und blockieren, dass Menschen Unfallopfer beim Sterben filmen, statt zu helfen, dass Menschen Vergewaltigungen filmen und live ins Netz stellen und Politikerinnen vor laufender Kamera erklären dürfen, dass brennende Polizei- und Privatfahrzeuge anlässlich politisch motivierter Gewalt „normal sind“ und „ein paar schwarz gekleidete Personen“ angeblich keine Gefahr darstellen, obwohl die Zahl der Verletzten und bisweilen auch getöteten Polizeibediensteten stetig steigen?

Bei all diesen „Mitbürgern und Mitbürgerinnen“ wäre es wichtig zu fragen, wo deren destruktive Grundhaltung gegenüber Staat und Gesellschaft



und fehlende Empathie gegenüber Mitmenschen herkommt.

Ist das nicht die Grundform von „Disorder“?

Sind es nicht die zunehmende Zahl von Politikern, von Journalisten, von Sängern, von Musikgruppen (Bands) und sonstigen „Kulturschaffenden“, die permanent gegen unsere Gesellschaftsordnung hetzen und die endlose Sendezeiten mit ihrer vorgeblich „neutralen“ Berichterstattung füllen, obwohl heutzutage eigentlich jedermann weiß, welchen Sender man wählen muss, um ganz bestimmte Meinungen zu hören?

Und ist es nicht eine zunehmende Zahl von Journalisten, die schon lange nicht mehr objektiv recherchierten und neutral berichten, sondern ausschließlich subjektive Wahrheiten und eigene Meinungen (die aber nicht als solche gekennzeichnet sind) verbreiten?

Ich sehe hier deutliche Parallelen zu anderen, teils antiken

Zivilisationen, in denen die Errungenschaften der vorangegangenen Generationen durch genau solche Kräfte beseitigt wurden. Scheinbar gibt es ungeschriebene Gesetze, nach denen der gesellschaftliche Wandel zwangsweise stattfindet und die Entropie als Ausdruck dieser größtenteils negativen Veränderungen einen festen soziologischen Faktor darstellt!?

Auch hier gibt es einen Anglizismus, den ich schon seit den frühen 70er-Jahren kenne: „What goes up, must come down!“

Ist es nicht so? Ein Blick in die Physik kann das bestätigen: So wie ausgestrahltes Licht und Wärme immer eine Wellenbewegung benötigen, um ihre enthaltene Energie zu transportieren, benötigt das Leben auch immer dieses „Oben und Unten“.

Oben waren wir lange. Was jetzt kommt, kann im günstigsten Fall eine Konsolidierung auf einem niedrigeren „Ener-

gieniveau“ sein. Diese Veränderung zeichnet sich ab in Zumutungen wie der Erhöhung des Rentenalters, der Reduzierung öffentlicher Leistungen und der beabsichtigten Reduzierung des deutschen Grundwortschatzes auf 750 Wörter. Man beachte: Für Trivilliteratur galt bislang die Faustregel von durchschnittlich 1500 Wörtern. Das Goetheinstitut listete zuletzt rund 1400 Wörter auf.

Vor diesem Hintergrund und den sprunghaft steigenden Übergriffen auf Polizei, Feuerwehr und Rettungspersonal stellt die globale Entwicklung für mich und alle meine Verwandten und Bekannten sowie den Kollegenkreis eine neue, bedenkliche Eskalationsstufe dar, die unsere ohnehin fragile Gesellschaftsordnung weiter schwächen wird!

Zu Ende geschrieben habe ich diesen Artikel vor folgenden Morgenmeldungen im Radio: In der letzten Nacht brannte in Frankfurt der Goetheturm; vor-

sätzlich abgefuckelt – einfach mal so. In der gleichen Nacht wird in Offenbach eine Autofahrerin mit der Bitte um Hilfe in eine Seitenstraße gelockt und in einem bereitstehenden Lkw vergewaltigt – einfach mal so.

Zwei Meldungen aus einer Nacht ... kein Sachzusammenhang ... und doch ergibt es zwei neue Mosaiksteinchen im großen Gesamtbild: „Disorder oder die Lust am Untergang!“

Es wäre schön, wenn ich ein paar Kommentare/Rückmeldungen zu diesem Thema bekommen würde!

Vielleicht seht Ihr diese Problematik ja deutlich entspannter – oder auch nicht. Ach ja, einen hätt' ich noch:

Deutschland, Weihnachten 2017. Die Weihnachtsmärkte wurden mit Beton und Stahl gesichert – Die Grenzen bleiben offen.

Hans Jürgen Westphal, KV Frankfurt am Main

> DPoIG begrüßt den neuen Studienjahrgang

Im Februar 2018 begrüßt die DPoIG in Hessen wieder neue Kolleginnen und Kollegen zum Beginn ihres Studiums an der Hochschule für Polizei und Verwaltung in den Standorten:

- > Kassel
- > Gießen
- > Mühlheim
- > und Wiesbaden

Die DPoIG Hessen wünscht allen neuen Kolleg(inne)n einen guten und erfolgreichen Start in das Polizeileben.

Bei Problemen aller Art steht die JUNGE POLIZEI als Nachwuchsorganisation der

DPoIG allen Studierenden zur Verfügung.



Landesjugendleiter Benjamin Brozio

Kontakt:
Landesjugendleiter Benjamin Brozio
PP Westhessen
Schichtdienst
Benjamin.Brozio@dpolghessen.de
oder über die Internetseite:
www.dpolghessen.de

> Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag

Der Landesvorstand der DPoIG Hessen gratuliert seinen im Ruhestand befindlichen Geburtstagskindern des Monats März

Janz, Tobias	30
Kaminski, Vanessa	30
Klos, Alexander	30
Korff, Julian	30
Metzler, Max	30
Oberle, Nils	30
Schreiber, Stef.	30
Staab, Christian	30
von Beesel, Eric	30
Wilk, Sascha	30
Fichter, Christian	40
Gaida, Peter	40
Neubauer, Dennis	40
Buchner, Jörg	50
Kascherus, Rainer	50
Müller, Volker	50
Toll, Marc	50
Finger, Harald	60
Samstag, Holger	60
Tiedtke, Bernhard	60

Unsere erkrankten Kolleginnen und Kollegen wünschen wir eine baldige gute Genesung und keine bleibenden gesundheitlichen Schäden!

„Zitiert“

Wenn der Polizist sagt: „Papiere“ und ich sage dann „Schere“, habe ich dann gewonnen?

Unbekannter Verfasser

Zum „runden“ Wiegenfest gratulieren wir im März

Bodenbender, Mart.	30
Breitenbach, S.	30
Girnus, Sebastian	30
Heil, Dennis	30
Hubig, Aleksandar	30

Der Landesvorstand wünscht allen Dienst- und Gewerkschaftsjubilaren Glück, Gesundheit, viel Erfolg und alles Gute!